

# Amüsantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches aus der Geschichte der Wilhelmsfelder Schule

gefunden von Gerhard Phieler  
in den alten Schulakten



*„Also lautet ein Beschluß:  
Daß der Mensch was lernen muß“.*



Mit diesen Zeilen im ‚Vierten Streich‘ seiner humorvollen ‚Max und Moritz‘ Verse weist Wilhelm Busch diskret auf die Schulpflicht hin, denn schon 1619 wurde in der Weimarischen Schulordnung festgelegt, dass die Kinder eine Schule besuchen müssen, und einen weiteren solchen *Beschluß* finden wir in der Gothaischen Schulverordnung von 1642. Dieses Datum wird meist als Beginn der Schulpflicht in Deutschland angesehen. Allerdings waren das mehr Absichtserklärungen, denn es fehlten Schulen und Lehrer, um die Schulpflicht durchsetzen zu können.

Umso erstaunlicher ist es, dass sich die Wilhelmsfelder schon 1727, also gerade mal siebzehn Jahre nach der Gründung ihres Ortes, um einen reformierten Schulmeister bemühten.

Zunächst wurde der Gemeinde aber nur ein Winterschulmeister zugestanden. Das war ein Anfänger im Schuldienst, der nur für den Winter angestellt wurde, weil man im Sommer die Kinder für die Feldarbeit brauchte. Im Jahre 1745 bekam Wilhelmsfeld dann endlich einen reformierten Lehrer, Carl Reymold, der seinen Unterricht in gemieteten Räumen abhalten musste. Ein Jahr später wurde er von Johann Nicolaus Stein abgelöst, der 80 reformierte und katholische Kinder zu unterrichten hatte.

Für die zunehmende Zahl der katholischen Kinder hatte die Gemeinde 1747 die Erlaubnis erhalten, einen eigenen Lehrer einzustellen. Aber die Stelle war so miserabel bezahlt, dass sich niemand dafür meldete. So kam weiterhin im Winter der katholische Schulmeister von ‚Kreuzsteinach‘ nach Wilhelmsfeld und unterrichtete abwechselnd mal im Ober- mal im Unterdorf.



Reformiertes Schulhaus gegenüber dem Gasthof Adler (später Rehberger Haus) 1778

Ohne behördliche Genehmigung hatte die Gemeinde 1778 mit dem Bau eines kleinen evangelischen Schulhauses gegenüber dem Gasthof Adler begonnen (späteres Rehberger Haus). Aber der armen Gemeinde ging bald das Geld aus, und so bat man den Kurfürsten, eine Kollekte in der gesamten Kurpfalz abhalten zu dürfen. Dank der Nachforschungen von Prof. Dr Schaab kennen wir auch den

Wortlaut des sog. Kollektenpatentes, einer Urkunde, die den Wilhelmsfeldern gestattete, für das dringend benötigte Schulhaus eine Sammlung durchzuführen:

*„Wir Karl Theodor Von Gottes Gnaden Pfalz-Graf bei Rhein, Herzog in Ober- und Nieder-Beiern, des heiligen Römischen Reichs Erz-Truchsäs und Kurfürst zu Jülich, Cleve und Berg Herzog, Landgraf zu Leuchtenberg, Fürst zu Mörs, Marquis zu Bergen-Opzoom, Graf zu Veldenz, Sponheim, der Mark und Ravensperg, Herr zu Ravenstein etc. etc.*

*fügen hiemit zu wissen, Nachdem die Reformirte Gemeinde zu Wilhelmsfeld, aus Unserem Oberamt Heidelberg, die unterthänigste Vorstellung gethan, was maßen Sie durch ihren Schulhauß-Bau in solchen Schulden Last gerathen, davon Sie sich ohne Beihülfe zu entwickeln nicht vermöge, dahero demütigst gebetten, zu Erhaltung einiger milden Beisteuer von gutherzigen Gemütheren, ihr eine Sammlungs-Vornahm in Kurpfälzischen Landen, mittels Ertheilung eines Patentes mildest zu gestatten; Daß wir uns, nach eingezogener Verläßigkeit, uns gnädigst bewogen gefunden, derselben hierinnen statt zu thuen, sohin gegenwärtige Urkunde darüber aus- und zufertigen zu lassen.*

*Befehlen dannenhero allen unseren Ober- und Unterbeamten, auch ortsstaaabshalteren hiermit ernst- und gnädiglichst, denen von ersagter Gemeinde Wilhelmsfeld dißfalß abordnenden keine Hindernüß in Weeg zu legen, vielmehr denenselben beförderlichen Vorschub zu leisten.*

*Urkundlich Unseres hievor gedrückten Kurfürstlichen Re.gierungs-Kanzlei größeren Insigns. Geben in unserer Hauptund Residenzstadt Mannheim den 25ten Junn 1781*

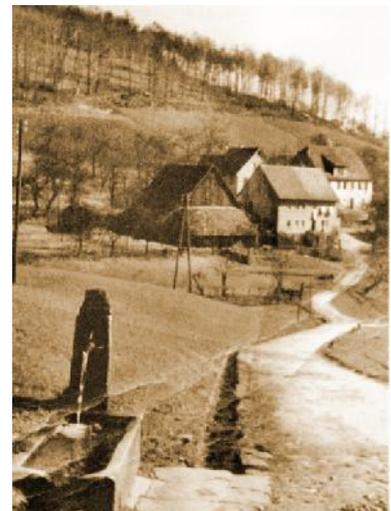
*Kurpfalz Regierungs-Rahts-Präsident, Vice-Präsident Vice-Kanzler, Geheime und Regierungrs-Rähte*

*Frhr. v. Reibeld“*

Mit dieser Urkunde zog nun der Beauftragte der armen Wilhelmsfelder Gemeinde durch die kurpfälzischen Lande. Nach den Daten auf der Rückseite des Dokuments war er mindestens anderthalb Jahre unterwegs. Da er bei den zu sammelnden geringen Einzelbeträgen keine großen Reisespesen machen konnte, wird man ihm wohl überall freies Quartier und Verpflegung gewährt haben. Welche Summe er dann nach Hause brachte, ist nicht überliefert; vielleicht waren es einige hundert Gulden, wenn er jede Ortschaft gewissenhaft heimsuchte. Die einzelnen Oberämter gaben den ihnen untergeordneten Gemeinden Richtlinien für die Höhe der Spende.

Schließlich konnte 1794 von dem gesammelten Geld und mit Zuschüssen des Staates und der Kirche das reformierte Schulhaus fertig gestellt und eingerichtet werden. In diesem Hause war auch die Wohnung des Schulmeisters Georg Adam Kling untergebracht. Mit der Bausubstanz war es nicht zum Besten bestellt, aber es war kein Geld vorhanden, um es zu sanieren. Außerdem war es für ca. 80 Kinder viel zu klein geworden.

1824 bezeichnete das Oberamt Heidelberg das Gebäude als „altes baufälliges Schulhäuschen“ und man kam nicht mehr umhin, für 1500 Gulden in der José-Rizal-Straße (damals Bachstraße) ein neues evangelisches Schulgebäude zu errichten. Die Schuldenlast war allerdings für die Gemeinde außerordentlich hoch.



Ev. Schulhaus in der Bachstraße 1826

Obwohl der katholische Lehrer in ‚Kreuzsteinach‘ (Heiligkreuzsteinach) sich dagegen wehrte, wurde 1770 nun doch erneut eine Lehrerstelle für die katholische Schulgemeinde genehmigt.

Ein katholisches Schulhaus gab es jedoch nicht. Der Schulmeister Georg Reitz, der um 1794 in der Holzapfeldelle wohnte, unterrichtete die Kinder in seinem Privathaus.

Nachdem Georg Reitz verstorben war, wurde Michael Schwöbel als katholischer Lehrer angestellt. Der Unterricht fand in seinem Privathaus statt. Nach dem Tode Schwöbels hatte die katholische Kirchengemeinde wiederum kein Schulhaus mehr und musste ein Privathaus anmieten. Die Gemeindeverwaltung bat das Innenministerium, eine Kollekte zum Bau eines neuen katholischen Schulhauses zu genehmigen. Das Ministerium erlaubte zwar die Kollekte, lehnte aber einen Schulhausneubau ab und empfahl dagegen den Ankauf eines gerade frei gewordenen Hauses, was dann auch geschah. 1838 hatte die katholische Schulgemeinde endlich zum ersten Mal ein eigenes Schulgebäude.

Der bauliche Zustand dieses Schulhauses ließ allerdings – etwa 30 Jahre später – wohl einiges zu wünschen übrig. In dem Ortsprüfungsprotokoll von Wilhelmsfeld vom 27. März 1864 lesen wir:

*‚Das katholische Schulhaus befindet sich in einem äußerst schlechten Zustand und sind einzelne Herstellungen an demselben dringend geboten.*

*Das Schulzimmer ist im 2. Stock, die Treppe hinauf ebenso eng, steil u. ausgetreten, daß sie nur mit Gefahr begangen werden kann. Oben sollte dieselbe noch mit einem Geländer versehen werden, da sonst die Kinder beim Austritt aus der Schulstube leicht herabfallen können.*

*An dem Holzspeicher fehlt an der Wetterseite ein Laden, weshalb Regen und Schnee eindringen u. dadurch ein Theil der Zimmerdecke in der Schulstube schon durchfeuchtet und eingebrochen ist.*

*In dem Wohnzimmer des Lehrers geht beim Öffnen des Fensters der Kreuzstock mit heraus und wäre ein Thüranstrich daselbst sehr wünschenswert.’*

Auch der Zustand des evangelischen Schulhauses war nicht viel besser, außerdem war die Schülerzahl im Schuljahr 1871/72 für beide Schulen auf insgesamt 156 Kinder angewachsen, und es lebten 831 Einwohner in Wilhelmsfeld.

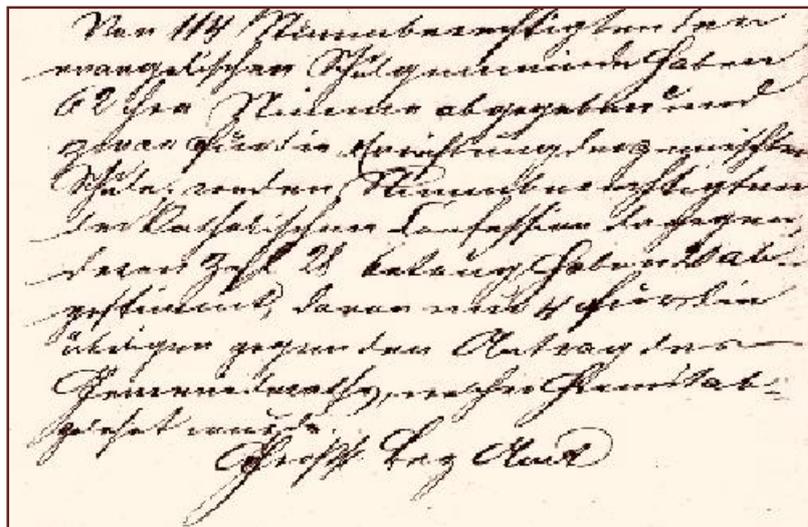
Schon früher hatte der Gemeinderat Wilhelmsfeld beschlossen, für die beiden Schulgemeinden ein gemeinsames neues Schulhaus zu bauen. Obwohl die Pläne schon vorlagen, war man aber wegen der erheblichen Kosten von diesem Vorhaben wieder abgekommen.

Das großherzogliche Bezirksamt schrieb am 13. Sept. 1871 an den Wilhelmsfelder Gemeinderat:

*„Der Bau eines neuen Schulhauses kann nun nicht länger verzögert werden, da die Anstellung eines Unterlehrers für die ev. Schule bei der heranwachsenden Schülerzahl ganz unabweisbar ist. Der Gemeinderath wird deshalb angewiesen, sehr bald einen geeigneten Bauplatz zu ermitteln, der wohl am besten im sog. Mitteldorf gewählt würde, etwa da, wohin der Kirchenbau beabsichtigt war. Binnen 14 Tagen ist über die getroffene EntschlieÙung zu berichten und der gewählte Platz anher anzuzeigen.“*

Die Wilhelmsfelder Gemeinderäte waren in großer Bedrängnis, wie sollte man mit den kärglichen Haushaltsmitteln ein neues ev. Schulhaus bauen und gleichzeitig die gravierenden Mängel am katholischen Schulhaus beseitigen. Wenn schon ein neues Schulhaus notwendig war, so sollte es eines für beide Schulgemeinden gemeinsam sein, wie es der Gemeinderat schon 1870 geplant hatte. Und warum sollte es nicht gleich eine gemischte Schule sein, in der beide Konfessionen gemeinsam unterrichtet würden.

So beschlossen die Ratsherren eine Abstimmung bei den beiden Schulgemeinden über die Errichtung einer gemischten Schule in Wilhelmsfeld durchzuführen. Die Abstimmung fand dann auch bald statt und brachte folgendes Ergebnis:



Handwritten text in German, likely a council resolution or report. The text is written in cursive and includes the following information: 'Von 114 Stimmberechtigten der evangelischen Schulgemeinde haben 62 ihre Stimme abgegeben und zwar für die Errichtung der gemischten Schule; von den Stimmberechtigten der katholischen Konfession dagegen, deren Zahl 28 betrug, haben 20 abgestimmt, davon nur 4 für, die übrigen gegen den Antrag des Gemeinderaths, welcher hiermit abgelehnt wurde.' The text is signed 'Groß. Bez. Amt'.

*„Von 114 Stimmberechtigten der evangelischen Schulgemeinde haben 62 ihre Stimme abgegeben und zwar für die Errichtung der gemischten Schule; von den Stimmberechtigten der katholischen Konfession dagegen, deren Zahl 28 betrug, haben 20 abgestimmt, davon nur 4 für, die übrigen gegen den Antrag des Gemeinderaths, welcher hiermit abgelehnt wurde.*

*Groß. Bez. Amt*

Das großherzogliche Bezirksamt ließ darauf hin verlauten:

*„Nachdem bei der am 20. d. Mts. erfolgten Abstimmung der Schulgemeinden der gestellte Antrag auf Errichtung einer gemischten Schule abgelehnt worden ist, wird das zu erbauende Schulhaus nach den bereits gefertigten, im Besitze des Gemeinderaths befindlichen Plänen gefertigt werden müssen.“*

So wurde wohl oder übel ein Kostenvoranschlag für den Neubau der Schule erstellt, aber wegen der fehlenden Mittel zog sich die Bauausführung noch Jahre hin. Das Hin und Her im Gemeinderat und unter den Einwohnern wollte kein Ende nehmen. Im Beschluß des großherzoglichen Bezirksamtes vom 17. Aug. 1876 heißt es u.a.:

*... ,während die Einen meinten, man solle den früher bestimmten Bauplatz an der Landstraße verlassen und an Stelle des dermaligen ev. Schulhauses den Neubau durchführen, vertraten Andere die Meinung, es sei überhaupt kein Neubau nöthig u. es genüge, wenn die alten Schulhäuser renoviert würden.'...*

*,Wir sehen uns dadurch veranlaßt, um weitere Aufregung in der Gemeinde vorzubeugen, dem Gemeinderath Folgendes zu eröffnen:*

*Daß ein neues Schulhaus, in welchem die beiden Schulen zu vereinigen sind, erbaut werden müsse, ist schon seit Jahren entschiedene Sache u. kann deshalb jetzt nicht auf's Neue die Bedürfnißfrage aufgeworfen werden. Ebenso verhält es sich mit dem Bauplatz für das neue Schulgebäude.'...*

Nachdem 1877 das Badische Simultanschulgesetz veröffentlicht worden war, stand nun der Errichtung einer gemischten Schule in Wilhelmsfeld nichts mehr im Wege. Der armen Gemeinde wurde durch Staatszuschüsse die finanzielle Last des Schulneubaus etwas erträglicher gemacht. Und nach jahrelangen Mühen war es dann endlich soweit, das neue Schulhaus an der Hauptstraße konnte eingeweiht werden. Im Gemeinderatsbeschluß v. 19. Sept. 1878 heißt es:



Das 1877 erbaute Schulhaus schräg gegenüber dem Rathaus, wo sich heute das Café Junghans befindet.  
Links das ehem. kath. Schulhaus

*,Es soll das neue Schulhaus vom 21. dM. von den Lehrern bezogen werden dürfen. Dem Hauptlehrer Grieser bleibt die Wahl überlassen, welche Haushälfte derselbe beziehen will; dies gilt von den Kellerräumen an bis zu den Speicherräumen. Bezüglich der Unterlehrer Wohnung bleibt dem Gemeinderath überlassen, welche Wohnräume für den Unterlehrer zur Benützung angewiesen werden sollen.'*

Die Gehälter der Lehrer waren ab Januar 1874 im Lande neu festgesetzt worden. Danach erhielten z. B. der Hauptlehrer Grieser monatlich 70,- Mark und der Unterlehrer Knapp 50,- Mark.

Vierzehn Jahre nach dem Bezug des neuen Schulhauses wird bei einer ‚Ortsbereisung‘ am 15. Sept. 1892 durch das großherzogliche Bezirksamt der Zustand des Schulhauses bemängelt und dem Gemeinderat folgender Auftrag erteilt:

*„Der Gemeinderat Wilhelmsfeld erhält rückseits Abschrift unserer Aktenbemerkung mit dem Auftrage dem Herrn Hauptlehrer zu eröffnen, daß er für die sofortige Entfernung der Compost- und Schmutzhaufen vor der Mauer des Schulhauses zu sorgen habe und daß man von ihm erwarte, daß er künftig bestrebt sein werde die nächste Umgebung des Schulhauses, namentlich den Hof desselben rein zu halten. Der Gemeinderat wird seinerseits ebenfalls dafür sorgen, daß die etwa nöthigen Herstellungen des Abflußrohres gemacht werden. Über den Vollzug sehen wir einer Anzeige binnen 14 Tagen entgegen.“*

Abschrift Aktenvermerk auf der Rückseite:

*„Die Umgebung des Schulhauses gegen Norden ist sehr unreinlich, rechts und links von der in den Hof mündenden Thür folgen an der Mauer des Hauses Misthaufen, auf einen derselben mündet auch das Rohr, welches das Abwasser aus der Küche der im oberen Stock befindlichen Lehrerwohnung abführt. Die Schüleraborte sind mangelhaft und bedürfen der alsbaldigen Herstellung.“*

*„Gelesen Wilhelmsfeld 5.X.92                      Haupl. Röth*

Neben Hauptlehrer Röth war bis 1896 auch noch Unterlehrer Göckel an der Schule tätig.

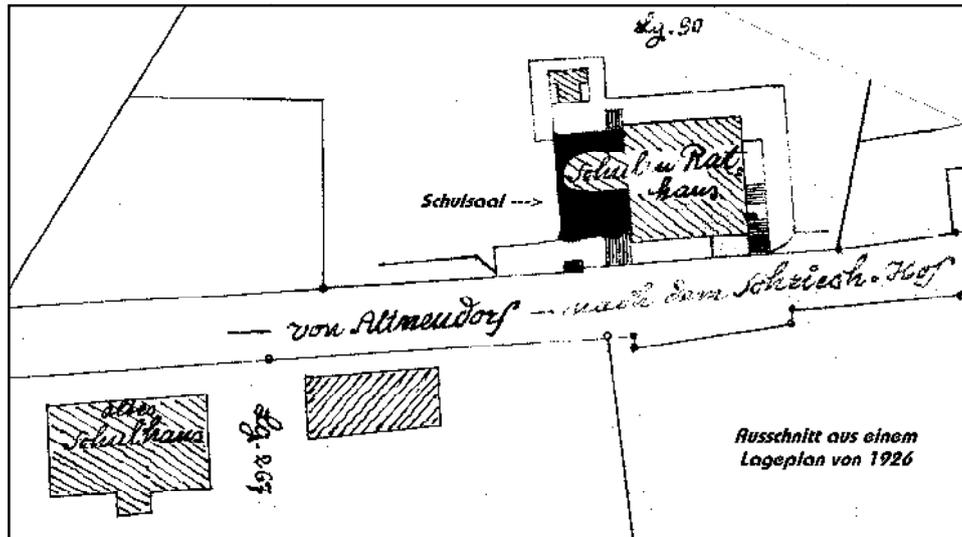
Unterlehrer oder gar Hilfslehrer waren wirklich ganz unten in der Lehrerhierarchie. Sie verdienten wenig und meist mussten sie schon nach einem Jahr, oft auch nur nach wenigen Monaten, wieder die Koffer packen und an eine andere Schule weiterziehen. Unverständlich, dass der ‚Großherzogliche Oberschulrat‘ in Karlsruhe den Schulkindern diesen ständigen Lehrerwechsel zumutete. Von diesem Lehrerkarussell war auch die Wilhelmsfelder Volksschule betroffen. So bemühten sich ab 1896 folgende Unterlehrer, Schulverwalter und Hilfslehrer mehr oder weniger erfolgreich, den Wilhelmsfelder Kindern Lesen und Schreiben beizubringen:

Ab Juni 1896 Hieronymus Embser, ab Aug.1896 Georg Herdt, ab Oktober 1898 Fidel Henes, ab April 1899 Otto Jungblut, ab Dez. 1899 Karl Gabriel, ab April 1900 Friedrich Hauck, ab Juni 1901 Wilhelm Gratz, ab April 1903 Friedrich Hoffmann, ab Oktober 1903 Ernst Spengler, ab August 1904 Paul Webel und ab Februar 1905 Eduard Schüle.

In einem Schreiben des Großherzoglichen Badischen Oberschulrates v. 2. Nov. 1904 wird der Gemeinde Wilhelmsfeld mitgeteilt (übrigens zum ersten Mal mit Schreibmaschine!):

*„Da in den Jahren 1889/99 - 212, 1899/1900 - 218, 1900/1901 - 181, 1901/02 - 183, 1902/03 - 180 und 1903/04 - 181 Schüler die dortige Volksschule besuchten, musste gemäss § 15 Abs. 3 des E. U. G. anstelle der dortigen Unterlehrerstelle die 2. Hauptlehrerstelle in das Budget für 1904/05 aufgenommen werden, welche nunmehr auch besetzt werden muss.“*

Am 2. April 1905 wurde daraufhin Otto Weinreuter als zweiter Hauptlehrer mit einem Gehalt von 1100 Mark jährlich neben freier Wohnung an der Volksschule Wilhelmsfeld eingestellt, und am 16. Okt. 1911 wurde Otto Nagel für eine zusätzliche eingerichtete Unterlehrerstelle eingestellt.



Im neuen Rathaus, das 1910 fertiggestellt worden war, wurde im Erdgeschoß auch ein weiterer Schulsaal eingerichtet. Seitdem hieß das Gebäude das ‚Schul- und Rathaus‘, während das 1878 bezogene Schulhaus jetzt als ‚Altes Schulhaus‘ bezeichnet wurde.

Schon seit Jahren besuchten die Kinder von der zur Gemeinde Schriesheim gehörenden Siedlung ‚Schriesheimer Hof‘ die Volksschule in Wilhelmsfeld. Der Gemeinderat hatte dagegen nichts einzuwenden, fand es aber unzumutbar, dass Schriesheim dazu keinen finanziellen Beitrag leistete. Mit Zustimmung des Großh. Badischen Oberschulrates wurde am 1. Aug. 1911 ein Schulverband der beiden Gemeinden Schriesheim und Wilhelmsfeld gegründet; damit wurden die schulpflichtigen Kinder offiziell der Volksschule Wilhelmsfeld zugeordnet. In der Satzung des Verbandes wurde festgelegt, dass Schriesheim jährlich einen Beitrag von 40 Mark für die Unterhaltung und Neubeschaffung der Einrichtungsgegenstände und Lehrmittel an die Gemeinde Wilhelmsfeld zu zahlen hatte; ab 1937 wurden dann pro Schulkind 10,- festgesetzt.

Wie oben schon erwähnt, waren die Unterlehrer in der Schulhierarchie ziemlich weit unten angesiedelt. Noch schlechter erging es aber den Schuldienern. So erschien am 23. Dez. 1920 der Schuldiener Adam Heckmann vor dem Gemeinderat und gab folgende Beschwerde zu Protokoll:

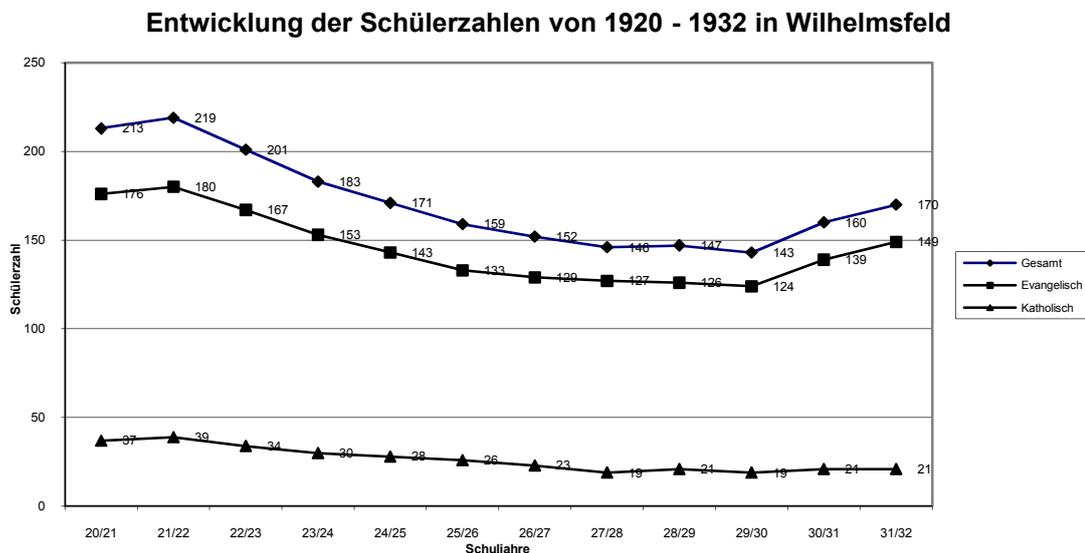
*‚Die Lehrer insbesondere die beiden Hauptlehrer machen mir schon seit einigen Wochen die unglaublichsten Schwierigkeiten in der Ausübung meines Dienstes, vor wenigen Wochen fingen die beiden Hauptlehrer wegen eines Schlüssels mit mir Streit an, sie hießen mich Hund, schlechter Heckmann und alles mögliche. Schon damals wollte ich meinen Dienst niederlegen, behielt ihn aber auf Veranlassung des Gemeinderates weiter und sah von einer Privatklage ab. ...*

*Am Dienstag Mittag fing Hauptlehrer Rappman mit meiner nahezu 18 Jahre alten Tochter beim feuer machen wieder Streit an beorfeigte sie dabei und wollte sie rauswerfen. Unter einer solchen Behandlung kann ich in den Schulräumen der beiden Hauptlehrer nicht mehr weiter arbeiten, da man in Gefahr lebt in streit zu kommen und tätlich angegriffen zu werden.‘*

Der Gemeinderat war hingegen mit den Diensten Heckmanns, der auch für die Reinigung und Beheizung des Rathauses zuständig war, sehr zufrieden, wie aus einem Vermerk auf dem Protokoll hervorgeht. Mobbing, also ständige gehässige Bemerkungen und Pöbeleien gegen Untergebene und Kollegen, scheint es auch damals schon gegeben zu haben, denn auch Unterlehrer Albert Bauer bat zur gleichen Zeit um *‚beschleunigte Versetzung‘*, da die sich *‚steigernde Unverschämtheit‘* der Kollegen seine Autorität bei den Kindern untergrabe.

Vielleicht waren die Streitigkeiten auch der Anlaß, dass erstmals 1924 mit einem Schuldiener - es war immer noch Adam Heckmann - ein Dienstvertrag abgeschlossen wurde.

Im Schuljahr 1921/22 war die Schülerzahl auf einen Höchstwert von 219 angewachsen, was auch damit zusammenhing, dass ab Ostern 1922 Wilhelmsfeld mit Altenbach einen Schulverband bildete und nun die Altenbacher Kinder ebenfalls die Volksschule Wilhelmsfeld besuchten.



1921 war vom Unterrichtsministerium ein neues Fortbildungsgesetz erlassen worden. Das bedeutete für die Gemeinde Wilhelmsfeld, es mussten zwei zusätzliche Räume geschaffen werden: ein Fortbildungsraum für die Jungen und eine Schulküche für die Mädchen. Dabei reichten die Schulsäle wegen der hohen Schülerzahlen schon jetzt kaum noch aus. Das Badische Bezirksamt hatte deshalb vorgeschlagen, zur Lösung des Raumproblems einen 4. Schulsaal einzurichten, und zwar im 2. Stock des Schul- und Rathaus. Damit war aber der Bürgermeister überhaupt nicht einverstanden:

*‚Mit dem Vorschlag, den Schulsaal im 2.Stock des Rathauses zu errichten, können wir unser Einverständnis nicht erteilen, da das Arbeitszimmer des Bürgermeistersamts und Grundbuchamts direkt unter dem Schulsaal wäre, was eine ständige Störung verursachen würde. Wir sind der Ansicht, daß im alten Schulhause anstelle der einen Hauptlehrerwohnung ebenso billig ein Schulsaal errichtet werden könnte, die Räume im II. Stock des Rathauses könnten als Hauptlehrerwohnung Verwendung finden.‘*

*Im alten Schulhaus hätte man die Möglichkeit, späterhin erforderlichenfalls noch einen weiteren Schulsaal anstelle der anderen Wohnung zu errichten. Eine Wohnung läßt sich immer eher finden, als ein Schulsaal. ...'*

Nachdem die zuständigen Ämter ihre Zustimmung zur Auslagerung der Lehrerwohnungen aus dem Schulhaus gegeben hatten, lief alles darauf hinaus, dass es am sinnvollsten sei, ein neues ‚Lehrerwohnungs-Doppelhaus‘ zu bauen. Mit den Planungsarbeiten wurde Architekt J. Reidel, Heidelberg betraut.

Baupläne sind gut und schön, aber wenn das Geld fehlt, nützen sie wenig und in der Gemeinde fehlte das Geld wie eh und je. Wo sollte es auch herkommen, wenn nicht über Umlagen von den Bürgern, und die waren selber arm. Also bemühte man sich um ein Darlehn, und 1926 erhielt die Gemeinde endlich einen Darlehensbescheid über 5000 Goldmark. Da ja auch noch die Schulküche und ein Fortbildungssaal im Schulhaus errichtet werden sollten, war das aber viel zu wenig. Im Schreiben des Bürgermeisteramts an den Wohnungsverband hieß es:

*„... Ob es der Gemeinde möglich sein wird unter diesen Umständen das Doppelhaus überhaupt zu erstellen, wird zweifelhaft sein, da sie die fehlenden Mittel nicht aufbringen kann. ...‘*

Aber trotz aller Zweifel, die Wilhelmsfelder schafften es auch diesmal wieder, und 1926/27 wurde das Doppelhaus mit den Lehrerwohnungen gebaut. Auch der Einbau einer Schulküche und eines Fortbildungssaales im Alten Schulhause wurde jetzt ungeachtet aller finanzieller Schwierigkeiten in Angriff genommen, nachdem vom ‚Ministerium für Kultus und Unterricht‘ schon im Juni 1922 eine Beihilfe von 50 v. H. des Bauaufwandes bewilligt worden war.

Aber lange konnte der Gemeinderat das Thema Schule nicht von der Tagesordnung verbannen. Im Schul- und Rathaus konnten die dringend notwendigen Sanierungsarbeiten nun nicht länger verzögert werden, und das Kreisschulamt bestand darauf, durch einen Umbau im ‚Alten Schulhaus‘ den völlig unzureichenden Fortbildungssaal zu vergrößern. Die Kosten für die 1934 durchgeführten Arbeiten beliefen sich insgesamt auf über 5000 Mark.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten geriet auch die Wilhelmsfelder Schule unter den politischen Einfluss der NSDAP. 1934 wurde der SA-Mann Heinrich Lang als Schulleiter eingesetzt. Auch das Kreisschulamt musste sich an die neuen Machthaber anpassen. So hatte Kreisschulrat Hoffmann gegen eine zweckentfremdete Nutzung von Schulräumen auf einmal keine Bedenken:

*„Gegen die Verlegung der Geschäftsstelle der NSDAP in den 3. Stock des alten Schulhauses haben wir Einwendungen nicht zu machen.“ (21.1.1936) -*

*„Wir genehmigen in jederzeit widerruflicher Weise die Benützung des gegen Westen gelegenen Zimmers im 3. Stock des Schulhauses für die Zwecke der deutschen Arbeitsfront.“ (13.5.1936)*

Anscheinend hatte der Nationalsozialistische Lehrerbund Gefallen an dem kleinen Odenwalddorf gefunden, sonst hätte er dort nicht den Unterricht der Gauschule abgehalten. Jedenfalls bat der Bürgermeister am 27.2.1942 um einen Heizkostenzuschuß:

*„Durch die Einrichtung und Abhaltung des Schulunterrichts der Gauschule des N. S. Lehrerbundes an der hiesigen Volksschule entsteht der Gemeinde ein Mehraufwand an Brennmaterial, Licht und Reinigung. Es werden für den Schulbetrieb der Gauschule drei weitere Schulräume verwendet. ... Der Mehraufwand ... beträgt pro Schultag etwa 5.- RM.“*

Was die arme Odenwaldgemeinde in den vergangenen Jahrzehnten für ihre Schule geleistet und welche finanziellen Opfer sie dafür erbracht hatte, ist wirklich bewundernswert. Doch viel Anerkennung hatte sie dafür - zumindest von den Schulaufsichtsbehörden - nicht geerntet.

Erst war es das Großherzogliche Bezirksamt, später das Kreisschulamt, das sich immer wieder veranlasst sah, Mängel an der Bausubstanz der Schulhäuser, fehlende Schulsäle und Lehrerwohnungen, unzureichende Reinigung oder Beheizung der Räume und Vernachlässigung der Außenanlagen festzustellen.

Nach den Schulbesuchen durch Kreisschulrat Hofmann vom Nov. 1936 und März 1937 gab es nun endlich einmal ein dickes Lob für die Gemeinde:

*„Der neue Schulsaal im Rathaus befand sich in ordnungsgemäßem Zustande. Das alte Schulhaus hat durch den Umbau eine anerkennenswerte Verbesserung erfahren; alle Schulzimmer entsprachen nunmehr nach Lage, Größe, Belichtung und Einrichtung den unterrichtlichen Bedürfnissen. Sie waren am Besuchstage auch einwandfrei gereinigt. ... Der Schulhof (Schlageterplatz) ist in seiner Gestalt nicht nur ein zweckmäßiger Aufenthaltsort für die Schüler in der Pause, sondern als Festplatz auch ein Schmuck für den Ort. Wir sprechen der Gemeinde für die schöne Anlage unsere besondere Anerkennung aus.“*

Gleich im ersten Kriegswinter 1940 wurden vom Kreisschulamt , *„Maßnahmen zur Einsparung von Heizstoffen“* verordnet:

*„Die dortige Volks- und Berufsschule für Mädchen wird mit sofortiger Wirkung (19.1.1940) für die Dauer von 2 Wochen geschlossen. ... Auf 30. ds. Mts. sehen wir einem nochmaligen Bericht darüber entgegen, für welche Zeit der Heizstoff der Schule weiterhin ausreicht und in welchem Ausmaße die Bevölkerung mit Brennstoffen versorgt ist.“* Nach diesem Bericht blieb die Schule weiterhin geschlossen. Ende Februar , *ist der Unterricht der dortigen Volksschule immer noch auf die Aufgabenstellung beschränkt. ... Wir bitten daher dringend, kein erlaubtes Mittel (!) unversucht zu lassen, um den nötigen Brennstoff der Schule zuzuführen.“*

Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hatte im September 1940 einen Erlass herausgegeben, der die Verwendung von Lehrern in Einrichtungen der Kriegswirtschaft betraf:

*„... insbesondere in den Kartenstellen und Bezugsämtern, sind in erheblichem Umfange auch Lehrer herangezogen worden. ... Insbesondere ist während der Zeiten, in denen der Schulunterricht ausfällt, von jedem Lehrer zu erwarten, dass er sich an derartigen Aufgaben und anderen durch den Krieg bedingten besonderen Arbeiten beteiligt. Die Schulaufsichts-*

*behörden werden jedoch darauf zu achten haben, dass während der Unterrichtszeiten die Erfüllung der hauptamtlichen Verpflichtungen des Schuldienstes durch ausserschulischen Hilfsdienst keine Beeinträchtigung erfährt. Der Lehrermangel und die hohe Zahl der zum Wehrdienst eingezogenen Lehrer zwingen zu äusserster Anspannung der für den Schuldienst vorhandenen Lehrkräfte. ...'*

Über den Schulalltag in den Kriegsjahren zwischen 1942 und 1945 ist wenig bekannt. Einen Hinweis finden wir erst nach dem Kriege in einem Schreiben der Gemeinde vom 7. Febr.1947 an das Kreisschulamt, worin die dringend benötigten Baustoffe aufgeführt werden, die für die Instandsetzung des Schulsaales in Rathaus benötigt wurden :

*,... Die Schäden sind zum grossen Teil durch Verwendung des Schulhauses zu Rüstungszwecken entstanden. ...'*

Wie viele Städte und Dörfer musste auch Wilhelmsfeld nach dem Krieg Flüchtlinge u. Vertriebene, vorwiegend aus dem Sudetenland und Ungarn aufnehmen. Wegen fehlenden Wohnraumes wurden sie fürs erste in der Schule untergebracht. Von der beengten Raumsituation wird das Schulamt in Heidelberg in einem Schreiben vom 18. Nov.1946 in Kenntnis gesetzt:

*,In der Volksschule Wilhelmsfeld ist seit 14 Tagen ein weiterer Schulsaal mit Flüchtlingen belegt worden. Es sind jetzt zwei Säle belegt, und zwei stehen für den Schulbetrieb zur Verfügung. ...'*

Erst im Dezember 1947 war eine anderweitige Unterbringung der Flüchtlinge möglich, so dass auch der letzte noch belegte Raum wieder für den Unterricht zur Verfügung stand.

Wie schon während des Krieges war auch in den ersten Nachkriegsjahren die Versorgung der Schule mit Brennstoff recht schwierig. So meldet die Gemeinde im Oktober 1947 dem Kreisschulamt ihren dringenden Bedarf an Holz und Kohle:

*,1. Für den Winter 1947/48 werden zur Beheizung der Schule 250 z Kohlen und 10 Ster Holz benötigt. 2. Bis jetzt wurden keine Kohlen an die Schule geliefert. 3. Vorrätig sind 3 Ster Holz.'*

Der Mangel auf allen Gebieten war so groß, dass sogar die Versorgung der Schulen mit **Glühlampen** von der Beschaffungsstelle der Abt. Kultus und Unterricht in Karlsruhe geregelt wurde. Dem Amt musste die Anzahl der vorhandenen und der unbedingt erforderlichen Glühlampen gemeldet werden, außerdem waren Stärke und Spannung der Lampen anzugeben. (Dez. 1947):

*,... Bei der äusserst angespannten Lage auf dem Sektor Glühlampen können wir nur den dringendsten Bedarf befriedigen. Wir bitten deshalb um Einreichung einer sehr vorsichtigen Aufstellung Ihres Notbedarfs.' - Die Wilhelmsfelder Aufstellung lautete:*

*,1. Es handelt sich um 4 Schulräume mit 2. insgesamt 10 Brennstellen 3. Vorhanden sind drei Glühlampen, von denen eine Privatbesitz eines Gesangvereins ist. Die schuleigenen Lampen haben nur 25 und 40 Watt. Die damit beleuchteten Räume haben 54 qm bezw. 64*

*qm. 4. Unbedingt notwendig sind 4 Glühlampen von mindestens 60 Watt oder 8 Lampen von 40 Watt. ...' –*

Für die angeforderten Lampen bekam die Schule auch tatsächlich die gewünschten Bezugsscheine.

Wegen des inzwischen miserablen Zustandes des ‚Alten Schulhauses‘ richtete Schulleiter Kurt Schneider am 15.1.1954 ein Schreiben an den Landrat des Landkreises Heidelberg und bat um einen Renovierungszuschuß von ca. 20000,- DM. In dem Brief heißt es u.a.:

*, ... Daneben aber bildet unser Schulhaus, man kann es ruhig sagen, einen Schandfleck in unserer Gemeinde. Erbaut wurde es im Jahre 1878, und als die Zeit kam, daß man diese Gebäude renovieren sollte, machten zwei Weltkriege und zwei Geldentwertungen dieses Vorhaben unmöglich. Das äußere Aussehen, Löcher in den Wänden und ein schmutziges graues Farbenbild. ... Im Treppenhaus ist der Verputz von den Wänden gefallen und die Holzterrasse selbst bedarf dringend der Erneuerung. Die finanzschwache Gemeindeverwaltung hat es sich immer angelegen sein lassen, wenigstens die vier Schulsäle sauber und schmuck zu halten, und so bietet sich wenigstens hier ein freundliches Bild. ... in zwei Räumen sind die Fußböden erneuerungsbedürftig ... die Öfen besitzen teilweise Museumswert. ...' ‚Sie strahlen in die nächste Umgebung ein große Hitze aus, während an den Fensterreihen die Zimmertemperatur ... an kalten Tagen um 11 Uhr 12 Grad beträgt. ... Das Schmerzenskind unseres Schulhauses sind die Abortanlagen. Getrennt vom eigentlichen Schulhaus ...' können sie , ... bei Regen und Schneetreiben nicht trockenen Fußes erreicht werden. ... unter dem Dache ist eine breite, offene Front, sodaß der Wind den Schnee auf die Sitze weht. ... Die Abflußrohre gefrieren zu, und das so entstehende Bild kann man sich leicht vorstellen. ...'*

1955 wurde Architekt Philipp Erb von der Gemeindeverwaltung beauftragt, die Planfertigung und die Bauleitung für einen Umbau des Alten Schulhauses zu übernehmen. Doch das Landratsamt hatte große Bedenken und schrieb am 2.5.1956:

*, ... Es wird jedoch von der Beratungsstelle für Bebauungspläne beim Regierungspräsidium Nordbaden, ... und von dem Oberschulamt in Karlsruhe wegen des besonders schlechten Zustandes des alten Schulhauses und dessen für die heutigen Verhältnisse ungeeigneten Lage - direkt an der verkehrsreichen Landstraße ... - die Erstellung eines neuen Schulhauses abseits von der Verkehrsstraße empfohlen. Die Planung ist im Gange. Der Kostenaufwand wird für den 1.Abschnitt mit rd. 130.000.-- DM beziffert. ...'*

Renovierung des alten oder Bau eines neuen Schulhauses? Mit diesem Problem musste sich der Gemeinderat in den folgenden Jahren immer wieder auseinandersetzen. Inzwischen war schon eine Bausumme von 500.000 DM im Gespräch. Aber nicht nur der desolate bauliche Zustand sprach für eine Neubaulösung, auch die Zahl der Klassenräume reichte nicht mehr aus. Während 1946 noch 1333 Einwohner gezählt wurden, waren es 1958 bereits ca.1900 und das bedeutete eine entsprechende Zunahme der Schülerzahlen. Das Schulamt Wilhelmsfeld rechnete aufgrund der Geburtenzahlen, dass die Schülerzahl von 143 (1958/59) im Schuljahr 1964/65 auf 244 anwachsen würde. Wäre allerdings die Geburtenrate so hoch geblieben wie 1921/22, wo die Schü-

lerzahl bei nur knapp 900 Einwohnern schon auf 219 gestiegen war, wäre die Raumsituation nach dramatischer gewesen.

Endlich kam es dann 1958 zu einer Entscheidung: Der Gemeinderat verwarf die Umbaupläne und beschloss, ein neues Schulhaus zu bauen. Aber vom Gemeinderatsbeschluss bis zur Fertigstellung des neuen Schulgebäudes war es noch ein dornenvoller Weg.

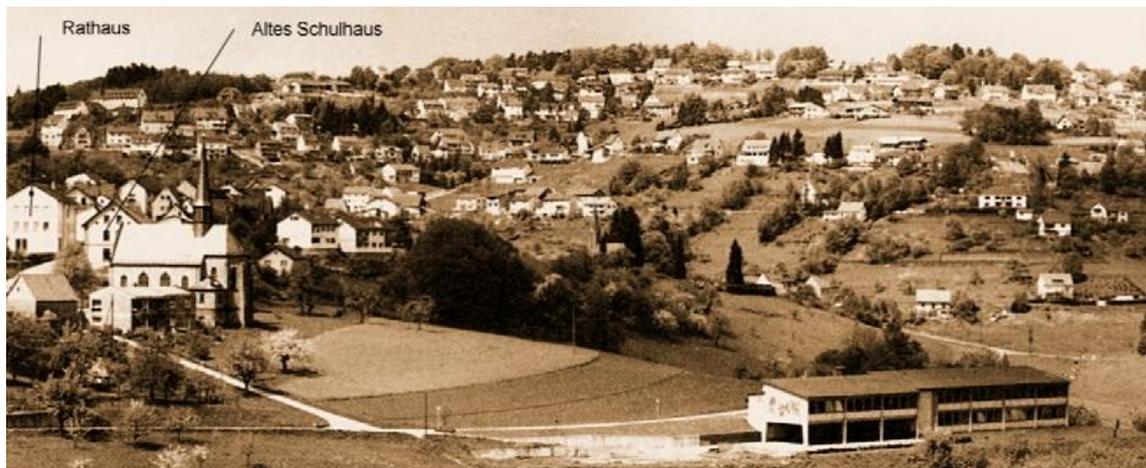
Die Beschaffung des notwendigen Baugeländes bereitete dem Gemeinderate lange Zeit Kopfzerbrechen. Endlich aber war es gelungen, ein Gelände von ca. 40 Ar zwischen Rathaus und Grenzweg zu erwerben. Der Neubau sollte im Pavillionstil errichtet werden und zwar verteilt auf zwei Baukörper. Doch das Oberschulamt in Karlsruhe lehnte die Baupläne ab und wünschte neue Entwürfe. Auch mit dem von der Gemeinde erworbenen Baugelände war das Oberschulamt nicht zufrieden. Nach dem Besuch einer Regierungskommission, welche die Förderungswürdigkeit für das Schulbau-Förderprogramm 1959 nochmals prüfen sollte, lesen wir im *„Mitteilungsblatt für die Gemeinde Wilhelmsfeld“* vom 29.4.1959:

***„... Die Kommission hat sich eindeutig für die Aufnahme in das Programm 1959 entschieden jedoch mit dem ebenso einmütigen Einwand, daß der vorgesehene Bauplatz hinter dem Rathaus für den Schulhausneubau nicht gut geeignet sei. Es sollte ein Platz mit Sonnenlage beschafft werden, der außerdem noch die Möglichkeit einer späteren Schulhauserweiterung bietet. Das Gewann „Oberer Langerain“ sei dafür am besten geeignet. ...“***

Der Erwerb eines geeigneten Grundstückes am Oberen Langerain erwies sich aber schwieriger als angenommen, und die Gemeinde dachte schon über ein Enteignungsverfahren nach. Sie war sich aber im Klaren darüber, dass sich der Schulhausbau dadurch noch weiter unnötig verzögern würde.

Die Eltern waren es müde, seit Jahren immer wieder getröstet zu werden. Sie wollten endlich ein neues Schulhaus für ihre Kinder. Deshalb ergriffen sie jetzt die Initiative und gründeten am 5.1.1961 im Gasthof „Wilhelmshöhe“ eine *Vereinigung zur Förderung der Schule in Wilhelmsfeld*. Die vorrangigsten Ziele der Vereinigung waren: 1. Notwendige Reparaturen im ‚Alten Schulhaus‘, 2. Beschleunigung des Schulhausneubaus und 3. Begegnung der ‚altem‘ und der ‚neuen‘ Wilhelmsfelder auf der Basis der Schule.

Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile und zähen Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern schien im dritten Anlauf endlich das geeignete Baugelände im Gewann „Lange Äcker“ unterhalb des ‚Alten Schulhauses‘ gefunden worden zu sein. Die neuen Baupläne von Architekt Kurt Schramm fanden die Zustimmung des Oberschulamtes, und so konnte im Frühjahr 1963 mit dem Bau begonnen werden. Die Baukosten, die zunächst mit 800.000 DM veranschlagt worden waren, erhöhten sich durch die jahrelange Suche nach geeignetem Baugrund auf 1,4 Million Mark. Dazu kamen noch die Kosten für Grunderwerb, Einrichtung und andere Nebenkosten. Die Gemeinde selbst steuerte alle verfügbaren Eigenmittel bei. Der Rest musste mit Darlehn und Landeszuschüssen finanziert werden.



In Anwesenheit von Regierungsschuldirektor Speck, Landrat Steinbrenner, Oberschulrat Faikus und weiteren Ehrengästen konnte am 12. Dez.1964 in einer Feierstunde das neue Schulgebäude von Bürgermeister Bößendörfer mit einer symbolischen Schlüsselübergabe an Oberlehrer Schneider seiner Bestimmung zugeführt werden.

Landrat Steinbrenner versprach damals, Wilhelmshof werde nicht nur seine Hauptschule behalten, es werde auch Nachbarschaftsschule für Altenbach; ein Versprechen, das nur bis Anfang der siebziger Jahre gehalten werden konnte. Oberschulrat Faikus schwärmte gar vom weiteren Ausbau zur Mittelpunktsschule und verlangte noch einen Physiksaal und andere Kursräume, eine Turnhalle und vielleicht sogar ein Lehrschwimmbecken. Von diesen Zukunftsvisionen ist erfreulicherweise zumindest die Turn- und Sporthalle Realität geworden. Voller Stolz verkündete Dr.v.Cube, der Vorsitzende des Schulvereins, dass bei einer Sammlung für die Schule über 6400 DM zusammengekommen seien. Mit diesem Geld wolle der Verein eine Anzahl von Musikinstrumenten anschaffen, einen Turngarten gestalten, sowie ein Fotolabor einrichten.

Inzwischen ist unser Schulhaus über 40 Jahre alt. Trotz aller Narben, die der Zahn der Zeit in diesen Jahren hinterlassen hat, zeichnet sich unsere Schule durch ihre einmalige landschaftliche Lage und ihre ansprechende, fast zeitlose Architektur mit hellen freundlichen Klassenräumen besonders aus. Seit dem ersten Schulhausbau 1778 hat die Gemeinde Wilhelmshof – auch in schwierigster Zeit – ihr Möglichstes getan, um den Kindern angemessene Schulräume zur Verfügung zu stellen.

Trotz chronischen Geldmangels wird der Schulträger der alten Tradition folgend sicher auch in unserer Zeit alles tun, um unser schönes Schulhaus noch lange zu erhalten.

